

Gar nicht langweilig

RODALBEN: Statt öder Zahlen geht's im Verbandsgemeinderat plötzlich zur Sache

Es schien ein langweiliger Mittwochabend zu werden, an dem Wirtschaftsprüfer Mario Burret dem Verbandsgemeinderat trockene Zahlen des Wasser- und Kanalwerks vortrug. Aber auf einmal explodierte die Situation, ausgelöst durch Bürgermeisterschreck Peter Pfundstein (FWG). Es hagelte Vorwürfe, der Rat machte sich auf die Suche nach einem Schuldigen im Haushaltsdickicht und zog in Erwägung, 200.000 Euro an die Bürger zurückzuerstatten.



Die Investitionen in das neue Kanalwerk in der Rodalber Hauptstraße zahlen sich aus. Die Netzverluste sinken um die Hälfte. FOTO: HEINEN

Nach kurzem Lob für den CDU-Beigeordneten Anton Matheis, zuständig für die Werke, für die gewissenhaft zusammengestellten Unterlagen, widmete sich Pfundstein seiner Lieblingsbeschäftigung, nämlich der Kritik. Das Kanalwerk, sagte er, habe einen Gewinn von über 200.000 Euro erwirtschaftet, aber es könne „noch preiswerter sein“, wenn es hier nicht „ein katastrophales Geldmanagement“ gebe.

Die „Misswirtschaft“ habe dazu geführt, Kredite in Höhe von 2,3 Millionen Euro bei Banken aufzunehmen, wofür fünf Prozent Zinsen zu entrichten seien, die die Bürger jährlich mit 130.000 Euro belasteten. Diese Kredite würden als Liquiditätsmittel in der Einheitskasse der Verbandsgemeinde geparkt. Dafür zahle die Verbandsgemeinde einen Zinssatz von durchschnittlich 0,3 Prozent, das Kanalwerk betreffend sind das 8000 bis 9000 Euro. Folglich würden 120.000 Euro verschludert. Obendrein hätten sich Zinsnachforderungen angesammelt, die die SGD Süd angemahnt habe. Auf mehr als 200.000 Euro beliefen sich laut Pfundstein die Nachforderungen. Sie seien dadurch entstanden, dass Abrechnungen nicht rechtzeitig erstellt worden seien. So sei denn das negative Bilanzergebnis abermals verschlechtert worden.

Werner Becker räumte „Versäumnisse der Verantwortlichen“ ein.

Pfundstein forderte nun die Einführung eines „anerkannten Risiko-Früherkennungssystems“. Der Wirtschaftsprüfer, danach befragt, riet ebenfalls dazu, selbst wenn es „gesetzlich keine eindeutige Verpflichtung“ gebe. Verbandsbürgermeister Werner Becker (CDU) räumte „Versäumnisse des Verantwortlichen“ ein und sprach von einem „noch schwebenden Verfahren“. Für die Darlehen sei kein Verwendungsnachweis geführt worden, was der Rechnungshof schon vor Jahren gefordert habe.

Die Abstimmung über den Antrag der FWG, innerhalb von drei Monaten ein Kontrollsystem mit Vorbeugemaßnahmen einzuführen, ordnete der Verbandsbürgermeister dem Werksausschuss zu. Unterdessen stellte Pfundstein in der Hitze des Gefechts einen neuen Antrag, der vorsah, den Gewinn des Kanalwerks nicht in die allgemeinen Rücklagen fließen zu lassen, sondern die Summe den Bürgern zurückzuerstatten.

Um die Übersicht zu wahren und sich neu zu sammeln, beantragte Hu-

go Wadle (CDU) eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung. Den Antrag Pfundsteins, über Wasser- und Kanalwerk getrennt abzustimmen, lehnte der Rat mit der Mehrheit von CDU/FDP ab. Den Jahresabschluss von Wasser- und Kanalwerk billigte der Rat wie vom Wirtschaftsprüfer erläutert bei zehn Gegenstimmen und einer Enthaltung. Einstimmig erfolgte der Beschluss, mit der Beratung über ein Risiko-Management-System den Werksausschuss zu beauftragen.

Vor der hitzigen Debatte hatte Wirtschaftsprüfer Burret den Jahresabschluss 2012 für das Wasser- und Kanalwerk dargestellt. Das Wasserwerk, so Burret, weise einen Jahresverlust von 72.000 Euro aus. Dies

nannte er „unter steuerlichen Gesichtspunkten nicht unwillkommen“. Trotz Preiserhöhungen bei den Gebühren und den wiederkehrenden Beiträgen sei es nicht gelungen, die Minuszahlen aufzufangen, weil die verkaufte Wassermenge um 100.000 Kubikmeter zurückgegangen sei. Zudem hätten sich die Leistungsnetzverluste von 22 auf 11,4 Prozent nahezu halbiert.

Mitverantwortlich für die Verlustzahlen seien laut Burret die gestiegenen Abschreibungen und Instandsetzungsmaßnahmen. Auch wenn der Mindestgewinn in Bezug auf das Anlagevermögen bei 110.000 Euro liegen sollte, sei das Ergebnis zu billigen, weil der Kubikmeterpreis mit (alles in allem) 2,15 Euro höher liege

als die geforderten 1,10 Euro. Für die Zukunft riet Burret, „nicht dauerhaft in der Verlustzone“ zu bleiben.

Zwar habe das Kanalwerk bei zurückgehendem Anlagevermögen und gesunkener Schmutzwassermenge den Mindestgewinn von 290.000 Euro verfehlt. Dies sei statthaft, weil die Belastung der mit 147 Euro ebenfalls deutlich über dem geforderten Betrag von 70 Euro liege. Das Rodalber Kanalwerk bezeichnete Burret im Vergleich zu Ergebnissen in der Nachbarschaft als „extrem preiswert“, es entspreche dem Ergebnis von Großstädten.

Der Gewinn im Kanalwerk, so Burret, sei kein Steuerproblem. Er müsse nicht versteuert, sondern könne für Investitionen eingesetzt werden. (ns)

Zur Sache: Becker soll für Rechtsstreit zahlen

Verbandsbürgermeister Werner Becker (CDU) soll Teile der Kosten für den Rechtsstreit mit dem Beigeordneten Rolf Claussen selbst tragen. Das forderte die FWG im Verbandsgemeinderat Rodalben. Ihr Antrag wurde aber mit 15 Neinstimmen bei elf Ja-Stimmen abgelehnt. CDU, FDP und die Grünen-Frau Barbara Metzger sahen keinen Sinn darin.

FWG-Sprecher Peter Pfundstein begründete den Antrag damit, dass das Verwaltungsgericht Neustadt die Kosten für den Rechtsstreit wegen unterlassener Beigeordnetengespräche Bürgermeister Becker auferlegt hatte. Das übliche Abwälzen der Kosten eines Organstreits auf die Gebietskörperschaft sei nach Auffassung der FWG in diesem Fall in keiner

Weise zu rechtfertigen, da der Grund für den Rechtsstreit in einer „groben und vorsätzlichen Pflichtverletzung“ des Bürgermeisters liege.

Becker habe über Jahre hinweg mutwillig gegen die einschlägigen Vorschriften der Gemeindeordnung verstoßen. Fahrlässiges Vergessen könne wegen der Häufigkeit der Einzelfälle nicht in Betracht kommen, ebenso auch nicht Unklarheit in der Rechtslage oder Unkenntnis der Vorschriften.

Das wollte Becker so nicht im Raum stehen lassen. Er wies die Vorwürfe zurück und erklärte, dass er die Beigeordnetengespräche in der gesetzlich verpflichtenden Form nicht geführt habe, weil er das einerseits von seinem Vorgänger nicht gekannt habe

und andererseits keine Notwendigkeit dazu gesehen habe, weil er ständig im direkten Kontakt mit den Beigeordneten gewesen sei.

Er sagte dennoch zu, bei Gericht nachzufragen, ob die Richter in ihrem Urteil zum Schluss gekommen seien, dass er grob fahrlässig gehandelt habe. Sollte das der Fall sein, werde er die Kosten für den Rechtsstreit an seine Versicherung melden.

Der CDU-Sprecher Hugo Wadle wollte die Abstimmung verhindern, indem er zunächst die Rechtslage klären wollte. Auf Nachfrage von Pfundstein erklärte der Büroleiter der Verbandsgemeindeverwaltung, Kurt Becker, aber, dass über einen gestellten Antrag grundsätzlich abzustimmen sei. (gana)